

Mehr Arbeit, aber kaum mehr Jobs

Der Aufschwung ist da, die Zahl der Arbeitslosen fällt. Die Reformen am Arbeitsmarkt spielen dabei jedoch keine große Rolle, zeigt eine Studie des IMK.*

Die Ökonomen verglichen die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Beschäftigung im aktuellen Konjunkturverlauf mit der im Aufschwung zuvor. „Zwar ist der jüngste Aufschwung – wie gewünscht – zuletzt beschäftigungsintensiver geworden als der vorherige“, stellt das IMK fest: Es wird mehr gearbeitet. Allerdings schlägt sich dies nicht in der Zahl der Beschäftigten nieder, wie eigentlich beabsichtigt.

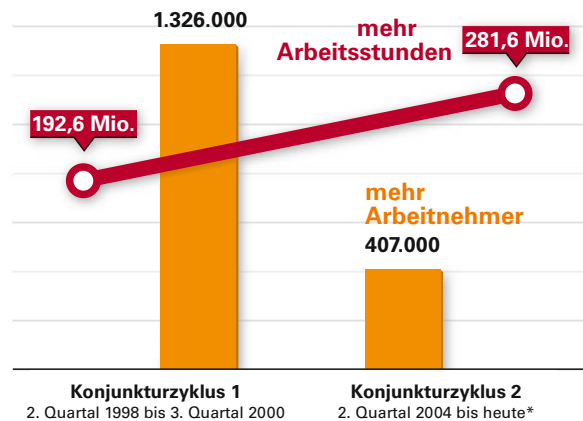
Würden die Reformen der vergangenen Jahre so greifen wie geplant, müsste die Erholung am Arbeitsmarkt dieses Mal kräftiger und rascher ausfallen. Schließlich ist der Anreiz größer geworden, auch niedrig entlohnte Arbeit anzunehmen. Auch müsste die Bundesagentur für Arbeit Arbeit-suchenden schneller einen Job vermitteln.

Der stärkere Druck auf Arbeitslose hat jedoch nicht für mehr Beschäftigung gesorgt: Insgesamt sind im derzeitigen Aufschwung gut eine halbe Million neue Arbeitsplätze entstanden, davon gut 400.000 für abhängig Beschäftigte. Der letzte Aufschwung hingegen brachte mit 1,3 Millionen mehr als doppelt so viele neue Stellen. **Stattdessen arbeiten die mehr, die bereits Arbeit haben.** Das hat mehrere Gründe: Wie für einen Aufschwung typisch, haben die Überstunden zu- und die Kurzarbeit abgenommen. Doch kommt nun auch die teilweise tarifvertraglich vereinbarte Flexibilisierung der Arbeitszeit zum Tragen. Das heißt: Beschäftigte mit Arbeitszeitkonten arbeiten jetzt schlichtweg mehr als bisher.

Im Unterschied zum vorherigen Konjunkturverlauf steigt nun die Teilzeitquote weniger rasch als bisher. Stattdessen steigt die Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten, die Zahl der

Wer Arbeit hat, arbeitet mehr

So viel brachte der letzte und der aktuelle Aufschwung



*Werte bis Ende 1. Quartal 2007, Zyklus noch nicht abgeschlossen; Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit 2007, Berechnungen IMK | © Hans-Böckler-Stiftung 2007

Minijobs geht zurück. Arbeitnehmer, die bisher unfreiwillig wenig arbeiteten, können ihre Arbeitszeit also ausdehnen.

Die Flexibilisierung steht inzwischen mit dem Einstellen neuer Mitarbeiter in einem Konkurrenzverhältnis, zeigt die IMK-Analyse. „Die Unternehmen ziehen offensichtlich ersteres vor“, so die Forscher. Allerdings liefern die aktuellsten Daten Anzeichen dafür, dass sich die Gewichte mit zunehmender Dauer des Aufschwungs verschieben. Noch ist die wirtschaftliche Dynamik ungebrochen. Deshalb stünden die Chancen gut, dass auch Arbeitslose zunehmend davon profitieren, prognostizieren die Ökonomen. Entscheidenden Einfluss habe jetzt die Wirtschaftspolitik. „Dies gilt vor allem für die Geldpolitik, die den Aufschwung nicht frühzeitig durch zu starke Zinsanhebungen abbremsen darf.“

*Quelle: Gustav Horn, Camille Logeay, Diego Stapff: Viel Lärm um nichts? Arbeitsmarktreformen zeigen im Aufschwung bisher kaum Wirkung, IMK Report Nr. 20 Juni 2007

Download unter www.boecklerimpuls.de

Öffentliche Finanzen

Staatsquote auf historischem Tief

Mit 45,6 Prozent ist das Verhältnis der Staatsausgaben zur gesamten Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gesunken.

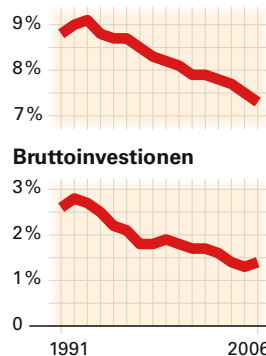
Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) rechnet für 2008 gar mit einem Staatsanteil von nur noch 42,9 Prozent. So niedrig war die Staatsquote zuletzt 1973.

Einer der Hauptgründe ist die restriktive Personalpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden. Zwischen 1991 und 2000 baute der Staat rund 27 Prozent seiner Stellen ab, zeigen Zahlen des Statistischen

Bundesamtes. Allein die Privatisierung von Post und Bahn sorgte für ein Minus von 800.000 Beschäftigten. Auch wurde der Personalüberhang in den ostdeutschen Verwaltungen drastisch reduziert. Seit 2001 stiegen die Personalausgaben im Jahresdurchschnitt nur um 0,2 Prozent. Denn es fielen weiterhin Stellen weg, Weihnachts- und Urlaubs-

Der Staat spart

BIP-Anteil staatlicher... Ausgaben für Personal



Quelle: Statistisches Bundesamt 2007
© Hans-Böckler-Stiftung 2007

geld wurden reduziert oder ganz gestrichen. Aufgrund der verstärkten Bemühungen um eine Rückführung der Haushaltsdefizite senkte der Staat die Bruttoinvestitionen deutlich. Dabei sanken vor allem die Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur wie Straßenbau, Schulen und Universitäten. „Das hat der Zukunftsfähigkeit des Landes geschadet und die Konjunktur gebremst“, sagt Gustav A. Horn, Wissenschaftlicher Direktor des IMK.

IfW: Deutsche Konjunktur im Sommer 2007, Juni 2007

Download unter www.boecklerimpuls.de